



20. Dezember 2017

Dringliche Schriftliche Anfrage

der SP-Fraktion und 18 Mitunterzeichnenden

Am 4. März 2018 werden nicht nur die städtischen Wahlen stattfinden, sondern es kommt auch die sogenannte No-Billag-Initiative („Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren“) zur Abstimmung. Die Initiative sieht vor, dass der Bund oder durch ihn beauftragte Dritte keine Empfangsgebühren mehr erheben dürfen und stattdessen Radio- und Fernsehkonzessionen zu versteigern seien. Eine Annahme dieser Initiative durch Volk und Stände hätte die Schliessung der heutigen SRG SSR, aber auch jener lokalen Radio- und Fernsehstationen, die durch Gebührenausschüttungen mitfinanziert werden, zur Folge, da diese den vollständigen Wegfall der Radio- und Fernsehgebühren umgehend mit alternativen Finanzierungsquellen decken müssten, was aufgrund der Voraussetzungen des schweizerischen Medienmarktes ausgeschlossen sein dürfte. Die Streichung des Artikels 93, Absatz 2 würde darüber hinaus alle von der Pflicht der sachgerechten und ausgewogenen Berichterstattung über alle Landesteile hinweg entbinden. Dies gefährdet die Kohäsion des Landes und beschleunigt die durch Social Media bereits stark fortgeschrittene Flucht in die eigene Filterblase. Ein solches Szenario ist sowohl medien- und demokratiepolitisch als auch wirtschaftlich mit gravierenden Konsequenzen verbunden.

Die Stadt Zürich ist eine der Standortgemeinden der SRG-Radio und Fernsehanstalten sowie des tpc in der Deutschschweiz. Zugleich setzt sie als Kultur- und namentlich als Filmstadt in zahlreichen Belangen Akzente, die direkt interagieren mit der Möglichkeit, auf gesamtschweizerischen Medienkanälen mit einem kulturellen Auftrag, wie sie die SRG SSR verkörpern und wie sie aufgrund der Initiativbestimmungen verunmöglicht würden, Resonanz zu erzielen. Die Konsequenzen einer Annahme der sogenannten No-Billag-Initiative sind daher auch für die Stadt Zürich von grosser standortpolitischer Tragweite.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie hoch schätzt der Stadtrat die Anzahl Arbeitsplätze ein, deren Fortbestand bei einer Annahme der sogenannten No-Billag-Initiative gefährdet ist.
2. Von einer Annahme der sogenannten No-Billag-Initiative dürften auch zahlreiche Zulieferer-Betriebe der in Zürich ansässigen SRG SSR-Anstalten betroffen sein, darunter regionales und städtisches Gewerbe, das Aufträge für die genannten Anstalten ausführt. Wie schätzt der Stadtrat die Konsequenzen einer Annahme der Initiative auf diese Betriebe ein?
3. Wie schätzt der Stadtrat die Konsequenzen einer Annahme der sogenannten No-Billag-Initiative für den Kulturstandort Zürich und die hiesige Kreativwirtschaft ein?
4. Welche Konsequenzen hätte eine Annahme der sogenannten No-Billag-Initiative namentlich für das Filmschaffen in der Stadt Zürich und die entsprechenden Bemühungen der letzten Jahre und Jahrzehnte?
5. Wie schätzt der Stadtrat aus Sicht der Stadt Zürich die medienpolitischen und demokratiepolitischen Auswirkungen einer Annahme der sogenannten No-Billag-Initiative ein?
6. Der Städteverband und einzelnen Städte, darunter die Stadt Bern, haben sich gegen die sogenannte No-Billag-Initiative ausgesprochen. Wie positioniert sich der Stadtrat von Zürich zur sogenannten No-Billag-Initiative?

[Handwritten signatures and notes]
7-2 1100 Herziger S. Deggmann
Zürcher
durch M. F. A.
H. A.

4.8/	U M M	Rosa Keno
1.1.11	N. S. id	guggenhi
H. Gasse	Haus K	Aktion
J. Wessner	Booth	C. Schiller
S. Braut	J. R. Kumpfer	E. A. G. G. G.
U. L. H.	hamm	ph
M. L. H. A.	M. K.	A. Kistler
M. R. U.	Co. Z. B.	
W. L. H.	M. K. K. K. K.	
W. G. L.	B. J. J.	
K. P. G.	U. K.	
W. G. L.	E. H. H.	
F. B. L.	L. P. L. L. L.	
W. L. H.	F. R.	
P. L. H.	W. L. H.	
A. H.	W. M.	